

St. Galler präsidiert Urologen

ST. GALLEN. Hans-Peter Schmid, Chefarzt der Klinik für Urologie am Kantonsspital St. Gallen, ist für die nächsten zwei Jahre zum Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für Urologie (SGU) gewählt worden. Seit September 2001 leitet Schmid die St. Galler Klinik und stellt mit seinem Team die Versorgung von Nieren-, Harnblasen- und Prostataerkrankungen in der Ostschweiz sicher.



Bild: pd

Hans-Peter Schmid
Chefarzt Klinik für Urologie
am Kantonsspital St. Gallen

Mit rund 300 Mitgliedern sind die Urologen eine eher kleine Fachgesellschaft. Erstmals seit 1985 wird die jährliche Fachtagung der Berufsorganisation wieder in St. Gallen stattfinden, und zwar vom 2. bis 4. September in den Hallen der Olma Messen St. Gallen. (red.)

Seezugang für alle öffnen

KEMPRATEN. Bisher ist der nördliche Teil der Kempratener Bucht in der Gemeinde Rapperswil-Jona in privaten Händen. Das will die Stadt Rapperswil-Jona nun mit einem öffentlichen Seezugang ändern – das lässt sie sich 1,5 Millionen Franken kosten, wie die «Südostschweiz» schreibt.

Der Wunsch ist alt: Bereits die Gemeinde Jona wollte ihn erfüllen. Doch die Anwohner wehrten sich gegen die Pläne. Als Kompromiss einigten sich Stadt und Anwohner bei der Fusion 2011 darauf, dass lediglich 400 der insgesamt rund 1900 Quadratmeter Grünfläche öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein Zaun soll den öffentlichen und privaten Grund voneinander abgrenzen. Nachts soll der Seezugang zudem geschlossen bleiben. Der für das Projekt nötige Überbauungsplan ist inzwischen vom Kanton St. Gallen genehmigt und rechtskräftig.

Für die Ausführung des Projekts sind für 2017 1,3 Millionen Franken in der Finanzplanung veranschlagt. Läuft alles glatt, soll ab 2018 der öffentliche Seezugang in der Kempratener Bucht Realität sein. (red.)

Stall gibt weiter zu reden

FRAUENFELD. Die umstrittenen Pläne für den neuen Milchviehstall an der Landwirtschaftsschule Arenenberg beschäftigen die Politik weiter. Kritiker stören sich erst an den derzeit auf 2,8 Millionen Franken veranschlagten Kosten. Ein normaler Laufstall sei für die Hälfte zu haben. SVP-Kantonsrat und Landwirt Matthias Rutishauser (Dettighofen/Lengwil) erkundigt sich nun nach dem Sinn des vorgesehenen Melkroboters. Rutishauser fragt den Regierungsrat, wie viele Melkroboter im Thurgau im Einsatz sind. Auch erkundigt er sich, ob es noch eine andere Landwirtschaftsschule in der Schweiz gibt, die einen Melkroboter einsetzt. (wid)

Lehrplan auf der Zielgeraden

Zwei Lektionen Religionsunterricht, Basisschrift statt Schnürlischrift und vorgezogener Schulstoff: Der St. Galler Erziehungsrat hat erste Details bekanntgegeben, wie der Lehrplan 21 im Kanton umgesetzt werden soll.

NINA RUDNICKI

ST. GALLEN. Welche Schulschrift soll an der Volksschule gelten? Bis wann müssen die Schüler welche Kompetenzen erwerben? Und wie soll Religionsunterricht in den neuen Lehrplan integriert werden? Das sind Fragen, mit denen sich der St. Galler Erziehungsrat jüngst beschäftigt hat. Seit die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz den Lehrplan 21 freigegeben hat, liegt es beim Kanton, für diesen die Rahmenbedingungen auszuarbeiten. Jetzt geht der Lehrplan Volksschule des Kantons St. Gallen in die Vernehmlassung.

Kernelement ist laut Regierungsrat und Präsident des St. Galler Erziehungsrates, Stefan Kölliker, die Lektionentafel. Diese legt fest, in welchem Schuljahr wie viele Lektionen für welches Fach zur Verfügung stehen. «Die derzeitige Anzahl Lektionen entspricht zwar dem neuen Lehrplan», sagt Kölliker. «Allerdings müssen einige Lektionen von der Oberstufe auf die Primarschule verschoben werden.» Es handle sich aber um eine Umverteilung in sehr geringem Masse: «Eine Anpassung, damit die St. Galler Schulkinder im Schweizer Vergleich mit dem Schulstoff nicht hinterher sind.» Zudem soll die Schnürlischrift abgeschafft und von der teilverbundenen Basisschrift abgelöst werden.

Religionsunterricht-Varianten

Zu diskutieren geben wird während der Vernehmlassung, die bis Anfang April dauert, auch, wie zukünftig Religion unterrichtet werden wird. Religionsunterricht soll zwar in den neuen St. Galler Lehrplan integriert werden, so wie es bislang der Fall war.

Allerdings gibt es im Lehrplan 21 keine Richtlinien dazu, weil dort der Religionsunterricht gänzlich unerwähnt bleibt. «Da wir aber ein traditioneller und wertekonservativer Kanton sind, hat der Religionsunterricht ein

hohes Gewicht», sagt Kölliker. «Um unser St. Galler Religionsunterrichtssystem beibehalten zu können, braucht es darum eine besondere Organisation.» Etwa um Überschneidungen im Lehrplan zu verhindern. So hat die Landeskirche im Religionsunterricht bisher Inhalte vermittelt, die im Lehrplan 21 dem neuen Schulfach «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG) zugeordnet sind. «Wir müssen jetzt also entscheiden, wie viele Lektionen wir dem Religionsunterricht zuteilen wollen. Und wie wir inhaltliche Überschneidungen vermeiden können», sagt Kölliker.

Zwischen Pflichtfächern wählen

Um dies umzusetzen, liegen zwei Varianten vor. Variante eins sieht vor, das Fach «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» aus dem obligatorischen Volksschulunterricht herauszulösen. Dieses soll dann in die beiden Wahlpflichtfächer «ERG Kirche» und «ERG Schule» mit je einer Wochenlektion aufgeteilt werden. Die Schüler können sich für eines der beiden Wahlpflichtfächer entscheiden. Hinzu kommt für die Schüler eine zweite Lektion Religionsunterricht.

Nach Variante zwei ist «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» ein obligatorisches, nichtkirchliches Fach. Der Religionsunterricht wird zusätzlich mit zwei Lektionen in die Lektionentafel aufgenommen. Die Kirchen müssten in diesem Fall einen separaten Lehrplan erarbeiten.

Der Regierung vorlegen

Nicht verändern wird sich die Lektionenzahl der Schüler gesamthaft gesehen auf die Volksschulzeit.

Im Mai wird der Erziehungsrat den neuen Lehrplan erlassen und im Juni der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. Im Sommer beginnen die Weiterbildungen der rund 6500 Lehrpersonen. Der neue Lehrplan wird dann ab dem Schuljahr 2017/18 gelten.



Bild: Mareycke Frehner

Mit dem neuen Lehrplan sollen einige Lektionen von der Oberstufe in die Primarschule verschoben werden.

Der Thurgau macht es alleine

Der Kanton Thurgau und die Stadt Frauenfeld treiben die Idee eines Agro Food Innovation Parks weiter voran. Auf eine Nachqualifikation beim Bund wird verzichtet – vorläufig.

CASPAR HESSE

FRAUENFELD. Die Forschungseinrichtung und die internationale Ausrichtung fehlen. Dies waren die Hauptkritikpunkte des Bundes am Frauenfelder Agro Food Innovation Park, sagt Regierungsrat Kaspar Schläpfer. Das Verfahren wie auch die Experten wären bei der Nachqualifikation die gleichen wie bei der ersten Bewerbungsrunde, deshalb erachtet der Kanton Thurgau die Erfolgchancen als gering. Den Aufwand könne man sich darum sparen und die Ressourcen besser einsetzen, findet Regierungsrat Schläpfer – «im jetzigen Zeitpunkt», das heisst, ein Rückkommen auf den Entscheid wäre immer noch möglich.

Für die erste Phase des Projekts in Frauenfeld wird mit maximalen Kosten von 275 000 Franken gerechnet. Diese teilen sich Kanton und Stadt Frauenfeld. Da gegen das Frauenfelder Budget das Referendum ergriffen wurde, steht der städtische Beitrag noch unter Vorbehalt.

Anfang 2016 soll aufgrund des Berichts der Projektgruppe ent-

schieden werden, ob die Idee weiterverfolgt oder abgebrochen werden soll. Die Projektgruppe besteht aus sieben Mitgliedern, darunter zwei externe Experten. Der eine ist Projektleiter Meiert J. Grootes, der CEO der Matzin-

ger Veripan AG, der andere ist Frank Burose, der Geschäftsführer des Kompetenznetzwerks Ernährungswirtschaft. Er ist für die Geschäftsstelle des Projekts verantwortlich. Zur erweiterten Projektorganisation gehört unter

anderem eine sechs Mitglieder umfassende Begleitgruppe, in der ebenfalls Vertreter von Kanton und Stadt Einsitz haben. Die Projektgruppe muss ihren Bericht der Steuerungsgruppe abgeben. Diese besteht aus dem Leiter der Steuerungsgruppe, Regierungsrat Kaspar Schläpfer, sowie Regierungsrätin Monika Knill und Stadtammann Carlo Parolari.

Breite Unterstützung

Die Projektgruppe muss ein Konzept mit Schwerpunktsetzung, Profil und Ausrichtung des Innovationsparks erarbeiten, wie es in der Mitteilung heisst. Sie hat zu erklären, wie die vorgesehenen Areale genutzt werden können. Geplant ist die Ansiedlung auf den bisher vor allem militärisch genutzten Arealen im Zentrum Frauenfelds. Dort sollen Kooperationen, Wissens- und Technologietransfer sowie Dienstleistungen ermöglicht werden, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Landwirtschaft stärken sollen. Auch pflanzliche Heilmittel sind hier integriert.

Eine weitere Aufgabe ist der Aufbau eines Netzwerkes einerseits mit Institutionen aus Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie andererseits mit Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft. Zwei Abteilungen der ETH, Agroscope Tänikon und weitere wissenschaftliche Institute haben ihre Unterstützung bereits zugesichert, wie Schläpfer sagt. Ebenso hat die Projektgruppe die Grundlagen für die Trägerschaft und die Organisation sowie Finanzierungsmodelle zu erarbeiten.

Effizientere Produktion

Der Innovationspark hat das Ziel, die Agrar- und Ernährungswirtschaft und -wissenschaft zu vernetzen, und zwar von der Produktion über die Verarbeitung, Verteilung und Vermarktung bis zur Wiederverwertung. In Anbetracht von schwindenden Ressourcen, einer wachsenden Weltbevölkerung und des Klimawandels müssen Nahrungsmittel künftig noch effizienter und gleichzeitig nachhaltig produziert, verarbeitet und verteilt werden.



Archivbild: Susann Basler

Der Innovationspark soll Wissen und Technologien aus der Produktion bis zur Vermarktung von Produkten zusammenbringen.